

## NS-Ehrungen aus Velbert-Neviges verbannt - Bürgerinteressen berücksichtigt

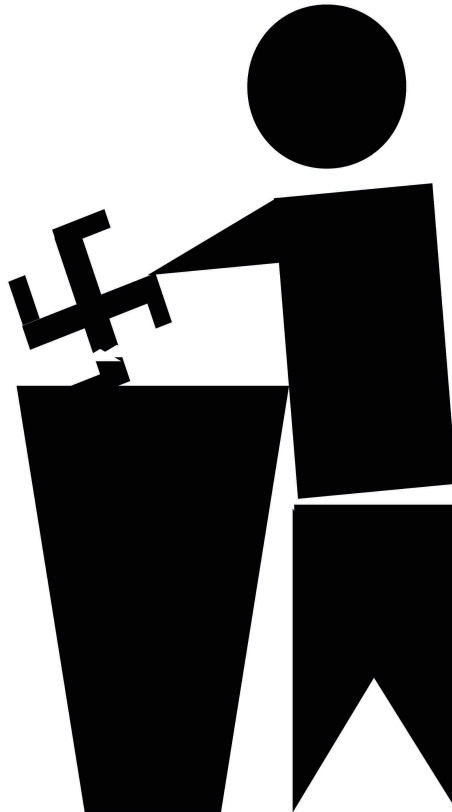
In seiner Sitzung am 30.8. hat der Bezirksausschuss Velbert-Neviges mehrheitlich beschlossen, drei Straßen umzubenennen, die Namen von alten Nazis trugen. DIE LINKE hatte die Umbenennungen im Mai angestoßen.

Zudem folgte der Ausschuss einstimmig den Ansinnen der Linken, Bänke an der Grundschule Siepen aufzustellen und die öffentliche Toilette in Neviges-Tönisheide wieder zu öffnen.

Die neuen Namen für die Straßen Agnes Miegel Weg, Hermann Stehr Weg und Ina Seidel Weg in Tönisheide wird der Bezirksausschuss in seiner nächsten Sitzung am 30.10.2012 auswählen. Dabei werden Vorschläge von Bürgern gerne berücksichtigt. Kosten für die Bürger sollen nicht entstehen.

Weiterhin folgte der Ausschuss der Anregung der Linken, Bänke an der Grundschule Siepen (Steinstraße) aufzustellen. Hier gibt es täglich zahlreiche ältere Menschen, die sich dort aufhalten möchten, unter anderem, um ihre Enkel aus der Grundschule abzuholen, oder als Ruhepause, weil die Stelle auf dem Weg zum Einkaufen liegt.

Schließlich beauftragte der Ausschuss die Verwaltung, einem Antrag der Linken folgend, die Toilette in Neviges-Tönisheide wieder zu öffnen. Diese liegt an einem Verkehrsknotenpunkt, im Nahversorgungsbereich



**Artgerechte Entsorgung von NS-Ehrungen: Jetzt auch in Velbert!**

und am Panoramaradweg. Fraktionsvorsitzender Harry Gohr: „Dies ist ein guter Tag für Neviges. Wir begrüßen die Entscheidungen des Ausschusses nachdrücklich. Belastungen aus der Vergangenheit konnten abgestreift und Fortschritte für die Bürger erreicht werden. Der Fall der Toilette in Tönisheide zeigt aber auch, wie sehr die Sparpolitik in Velbert oft über das Ziel hinausschießt und eigentlich unverzichtbare Einrichtungen opfert. Diese müssen dann erst wieder erstritten werden.“

**Harry Gohr, Fraktionsvorsitzender**

## Was man über Agnes Miegel wissen muss

Anders als vielfach behauptet nahm sie Anteil an der politischen Veränderung. Das belegt ihr privater Briefwechsel mit Hans Friedrich Blunck (NS-Schriftsteller und Kulturpolitiker). In einem Brief an Blunck vom September 1934 legte sie ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus ab:

"Der Nationalsozialismus trat erst in mein Leben, als er andere schon lange erfüllte. Das ist eine Schuld – und ich habe es gebüßt durch die vielen inneren, nicht nur inneren Kämpfe, durch die ich dann in gedrängter Zeit gehen musste: [...] Durch ein Hinauszögern und ein Grauen dafür, mit mir Ungleichen als Gelegenheitsjäger zu scheitern, stehe ich ausserhalb der Partei, der ich nur durch den RDSund die Volkswohlfahrt angehöre. Vielleicht ist dies, was ich als eine Art Busse für mein spätes Aufwachen ansehe, das Richtige für mich, vielleicht wirkt mein Einstehen dann überzeugender auch auf Andere. – **Denn ich bin Nationalsozialist.**"



Bild- und Textquelle: [www.muenster.de](http://www.muenster.de)



# **DAS SPECIAL ZUR VERMÖGENSSTEUER**

## **Was ist eine Vermögenssteuer?**

Die Grundidee ist so einfach wie einleuchtend. Es geht darum, Vermögende entsprechend ihrer guten wirtschaftlichen Lage stärker an der Finanzierung der Staatsaufgaben zu beteiligen. Wer sehr reich ist, soll also eine zusätzliche Steuer zahlen.

Die Vermögensteuer bezieht sich nicht auf das laufende Einkommen, sondern auf den Vermögensbesitz abzüglich von Schulden (d. h. auf das Nettovermögen). Steuerpflichtig sind nicht nur Geldvermögen (einschließlich Aktien, Staatsanleihen und andere Wertpapiere), sondern ebenso Immobilien- und Betriebsvermögen.

## **Was bringt eine Vermögenststeuer?**

Das hängt vor allem von der Höhe der Freibeträge und des Steuersatzes ab. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat verschiedene Modelle durchgerechnet.

Bei einem Steuersatz von 1,5 % und großzügigen Freibeträgen – 1 Million Euro für jeden Erwachsenen, 250 000 Euro für jedes Kind und 5 Millionen Euro für Betriebsvermögen – kann die Vermögensteuer über 20 Milliarden Euro einbringen. Jedes Jahr.

Dieses Geld steht dann gemäß Grundgesetz den Bundesländern zu, die damit z. B. in Bildung und Nahverkehr investieren oder auch ihre Schuldenlast abbauen können. Bei niedrigeren Freibeträgen sind entsprechend höhere Einnahmen oder ein niedrigerer Steuersatz möglich.

## **Warum überhaupt Vermögen besteuern?**

Während die öffentlichen Kassen leer sind, geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auf. Das Einkommen der ärmsten zehn Prozent ist von 1999 bis 2009 um 9,6 Prozent gesunken, während das reichste Zehntel der Bevölkerung noch weitere 16,6 Prozent hinzu gewann.



Das Vermögen ist noch viel ungleicher verteilt als das Einkommen. Das reichste 1 Prozent der Deutschen besitzt über ein Drittel des gesamten Vermögens, die reichsten 10 Prozent besitzen zusammen sogar zwei Drittel. Die Hälfte der Bevölkerung hingegen hat nahezu nichts oder unter dem Strich nur Schulden.

Bei der Vermögensbesteuerung geht es nicht um Neid, wie manchmal unterstellt wird, sondern um Gerech-

tigkeit. Denn es ist ungerecht, wenn die Finanzstarken immer reicher werden und zugleich weniger steuerlich belastet werden, während die Finanzschwächeren ärmer werden und stärker als früher belastet. In den letzten Jahrzehnten ist die Finanzierung der öffentlichen Haushalte immer mehr zur Sache nur der „kleinen Leute“ geworden, während Reiche und Konzerne in den Genuss umfangreicher Steuererleichterungen kamen.

Es höhlt die Demokratie aus, wenn zu wenig Geld für Schulen, Kitas und Sozialleistungen da ist – und das Gemeinwesen zugleich immer mehr von den Entscheidungen einer kleinen, finanzstarken Elite und ihrer Fonds-verwalter abhängt.

Es geht um Vernünftiges Wirtschaften, denn Bund, Länder und Kommunen geben jährlich zig Milliarden Euro für Zinsen aus. Jeder Zins-Euro an private Kreditgeber fehlt dort, wo die öffentliche Hand dringend investieren müsste. Z. B. im Energie-, Bildungs- und Pflegebereich herrscht in Deutschland ein großer Mangel an öffentlichen Investitionen und Personal. Das behindert letztlich auch die Wirtschaftsentwicklung.

**Alle Texte dieser Seite stammen vom Bündnis UmFAIRteilen.**

**Weitere Informationen unter: [www.umfairteilen.de](http://www.umfairteilen.de)**



## Die Stolpersteindebatte - Ein Kommentar

Die Diskussion um das Verfahren zur Verlegung von Stolpersteinen hält weiter an. Angeregt hat diese Diskussion der Kirchenkreis Niederberg. Diskutiert wird, ob die Haus- und Grundeigentümer, deren Immobilie sich demjenigen öffentlichen Grund anschließt, auf dem der Stolperstein verlegt werden soll, lediglich eine Information zur Verlegung erhalten oder einer solchen Zustimmung sollen. Eine Zustimmung der Haus- und Grundeigentümer wird besonders aus dem Grund gefordert, da mit der Verlegung des Stolpersteins (auf öffentlichem Grund wohl bemerkt!) eine Minderung des Immobilien-Wertes verbunden sein könnte. Bezüglich einer zu erwartenden Wertminderung hat das Landgericht Stuttgart in seiner Grundsatzentscheidung festgestellt: Stolpersteine stellen keine Beeinträchtigung oder Wertminderung des Eigentums dar. Mithin ist eine Wertminderung aufgrund eines vor der Immobilie befindlichen Stolpersteins unrechtmäßig. Überhaupt: Um welchen Faktor sollte ein Stolperstein den Wert mindern? Also: Ein ins Leere laufendes Argument somit? Mit Nichten! In dem in der öffentlichen Diskussion immer wieder die Wertminderung angeführt wird, erreicht man zwar keine reale Wertminderung der Immobilie aber man verankert sie in den Köpfen der Menschen und schürt Befürchtungen bei den Haus- und Grundeigentümern und informiert die Öffentlichkeit wider besseren Wissens falsch. Offenkundig geht



es hier nicht um die Sorge einer Wertminderung sondern schlicht darum, diese Stolpersteine zu verhindern.

Dem halte ich Folgendes entgegen: Das Dritte Reich gehört in vollem Umfang zur deutschen Geschichte - und somit zur gelegentlichen Auseinandersetzung mit ihr. Bei dem überwiegenden Teil der heute lebenden deutschen Bevölkerung soll es nicht um Schuld gehen. Wohl aber um die selbstverständliche Pflicht zum Gedenken und Bedenken. Unsere heutige freie Gesellschaft, unser Sozialstaat und heutiger Wohlstand wäre ohne einen krassen Bruch mit der Nazi-Ideologie und -Verbrechen und tiefen ideologischen Konsequenzen nach dem Dritten Reich nicht denkbar. Wir alle leben wohlgedadurch, dass die Menschenwürde inzwischen das höchste Gut unsere Gesellschaft ist. Wir leben im Schutz des Säkularismus, der Toleranz, Gleichheit und Fürsorge. Diese Werte prägen uns heute vor allem, weil sie eine zwingende Konsequenz aus dem Nazi-Regime sind, welches uns auf

perversester Art und Weise zeigte, wie es ist anders leben zu müssen. Daher ist es heute unsere Pflicht, Demut vor den Opfern Hitler-Deutschlands zu haben. Zu dieser Demut gehört, gelegentlich inne zu halten und zu erkennen, wie viel Leid und Elend uns hier und heute erspart bleibt. Zu dieser Demut gehört auch die Erkenntnis, dass eine NSU und aktuell wieder aufkeimender Juden-Hass unvereinbar mit unseren Werten sind - nie wieder Bestandteil unserer staatlichen Ordnung sein dürfen. Nicht mehr und nicht weniger bedeutet ein Stolperstein für mich. Allein: Mein Respekt vor der Symbolik eines Stolpersteins lässt mich keine Argumente gegen ihn finden. Ich möchte gerne wissen, sollte vor meinem Haus und Grund einer gelegt werden. Ich möchte aber keinesfalls um meine Erlaubnis gebeten werden.

Denn diese ist für mich selbstverständlich!

**Lars Nolte**

## Woher kommt das Geld?

Zuletzt ging durch die Zeitungen, dass die Stadt in Velbert ein neues "Baubüro" zur Information u.a. über das in Velbert geplante Einkaufszentrum eröffnet hat. "Eigentlich soweit so gut" mag man sich denken, denn Bürgerinformation ist ja per se nichts schlechtes. Doch bei genauerem Hinsehen stellt sich doch die Frage:

Wer bezahlt? Woher kommt das Geld? Denn in Langenberg und Neviges haben die Bürger aufgrund der Einsparungen der Stadt nur noch sehr eingeschränkte Öffnungszeiten beim Bürgerbüro. Sie müssen lange Wartezeiten und z.T. sogar gar nicht dran zu kommen in Kauf nehmen. Für einen Anständigen Bürgerdienst

war kein Geld mehr da, von einem Freibad ganz zu schweigen, aber für das Baubüro anscheinend schon. Das findet auch DIE LINKE seltsam und hat deshalb eine Anfrage im Finanzausschuss der Stadt gestellt und bittet um Auskunft.

**Michael Alfermann, Ratscherr**



## Sportzentrum nur für Velbert-Mitte

Das neue Sportzentrum wird vorerst nur an Velbert-Mitte angebunden. Das geht aus einer Verwaltungsvorlage hervor, über die am 11.09.2012 im Umwelt- und Planungsausschuss entschieden wird. Von einer Sportstätte für ganz Velbert kann somit keine Rede sein.

Begründet wird dieser Vorschlag mit den höheren Kosten einer Anbindung an Langenberg und Neviges. Die Einsparungen bei den dezentralen Sportanlagen treffen aber alle Stadtteile.

Während die bald geschlossenen Sportanlagen für einen großen Teil der Nutzer zu Fuß oder per Fahrrad problemlos erreichbar waren (und zum Teil noch sind) ist das „zentrale“ Sportzentrum für praktisch niemanden fußläufig erreichbar. Die Anbindung an den ÖPNV ist daher unbedingte Voraussetzung für die allgemeine Nutzbarkeit. Wer nicht angebunden ist, ist praktisch raus. Er kann das Sportzentrum allenfalls über Umwege, Umstiege und entsprechend höheren Zeitaufwand erreichen.

Zudem soll die ÖPNV Anbindung erst zum nächsten Fahrplanwechsel eingerichtet werden, das Sportzentrum geht aber voraussichtlich bereits am 10.11. in Betrieb.

Sowohl die schlechte Erreichbarkeit, als auch die Übergangsphase ganz ohne ÖPNV-Anbindung wird sich negativ auf die Teilnehmerzahlen der Sportveranstaltungen auswirken.

Stellv. Fraktionsvorsitzender Michael Alfermann: „Wieder hat man das Gefühl, dass die Verwaltung von längst absehbaren Ereignissen wie aus heiterem Himmel überrascht wird. Die ÖPNV-Planung kommt extrem kurzfristig und ist unbefriedigend. Mit Fahrlässigkeit und Größenwahn wird hier dem Breitensport schwerer Schaden zugefügt.“

Auf die entstehenden Kosten hat DIE LINKE von Anfang an hingewiesen. In der Kostengegenüberstellung der Verwaltung von Sanierung bestehender Sportstätten gegenüber Sportzentrum tauchten sie jedoch nie auf.

Michael Alfermann, Ratsherr

**DIE LINKE hat ein großes  für kleine Leute -  
ECHT SOZIAL GERECHT!**

# Termine

**Freitag, 28.9.2012, 16:00**

Infostand und Aktion des Stadtverbandes Die Linke. Velbert im Rahmen des Bündnisses UmFAIRteilen  
Am Münzbrunnen in Velbert-Mitte

**Montag, 22.11.2012, 19:30**

Veranstaltung mit Oskar Lafontaine und Sevim Dagdelen: Wohin führt uns die Eurokrise?  
Wuppertal, Die Färberei: Stennert 8

☐ Ich würde gerne mehr Informationen über DIE LINKE Velbert erhalten.

Name: .....

Adresse:.....

E-Mail:.....

Telefon: .....

Am Infostand abgeben, ans Büro schicken (siehe unten) oder per Kontaktformular unter [www.dielinke-velbert.de](http://www.dielinke-velbert.de)

## **Schlüsselbund**

**Impressum**

Erscheint unregelmäßig im Raum Velbert.

V.i.S.d.P für diese Ausgabe:

Joschka Baum und Ingrid Schween  
Offerstraße 14a 42551 Velbert  
[buero@dielinke-velbert.de](mailto:buero@dielinke-velbert.de)

[www.dielinke-velbert.de](http://www.dielinke-velbert.de)

Die Redaktion behält sich vor, Einsendungen zu kürzen.

## **Aufgemerkt!**

**Nicht nur zu Wahlkampfzeiten sind wir für Sie da!**

*Unser Büro ist für Sie geöffnet:*

Montags: 15:00 bis 17:00 Uhr

Mittwochs: 17:00 bis 18:00 Uhr

Donnerstags: 15:00 bis 17:00 Uhr

Telefonisch erreichen sie uns unter:  
02051/932810

**Donnerstag, 15.11.2012, 20:00**

Filmvorführung: Die Zündschnüre

Die Verfilmung von Franz Josef Degenhardts gleichnamigen Roman handelt von Jugendlichen aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land und ihrem Widerstand gegen das faschistische Regime.  
Offerstraße 14a, Velbert